Interpellation

betreffend **finanziellen Handlungsspielraum erhöhen – für uns und unsere Kinder**

eingereicht von: Barbara Günthard-Maier, namens der FDP-Fraktion; Michael Zeugin, GLP; Ursula Bründler, namens der CVP-Fraktion; Adrian Ramsauer, namens der Grüne/AL-Fraktion

am: 25. Juni 2007

Anzahl Mitunterzeichnende: 19 Geschäftsnummer: 2007/072

Text und Begründung

Die finanzielle Situation Winterthurs ist seit Jahren schwierig: Der Steuerertrag ist schwach. Die Steuerkraft von Winterthur betrug pro Person gemäss Statistischem Amt des Kantons Zürich 2005 Franken 2'317.-, während sie in umliegenden Gemeinden zum Teil deutlich darüber liegt (Hettlingen: 2'387.-; Stadt Zürich 4'342.-). Winterthur kann nur rund ein Viertel seiner Ausgaben aus Steuererträgen finanzieren (2006: 225 Millionen von rund 1,1 Milliarden Franken). Der jüngste Wirtschaftsaufschwung und die Tendenz positiver Rechnungsabschlüsse geht an der Stadt vorbei: In den Rechnungen 2006 haben Bund, Kanton und Stadt Zürich Überschüsse generiert (Bund 2,5 Milliarden Franken, Kanton Zürich 115 Millionen, Stadt Zürich 75 Millionen), während die Rechnung der Stadt Winterthur wie seit Jahren mit einer roten beziehungsweise schwarzen Null abschliesst (2006: -2 Millionen Franken, 2005: + 1 Millionen, 2004: -4 Millionen). Weniger als ein Fünftel der Steuereinnahmen stammt von Firmen (15 Prozent). Winterthur ist für Firmen und gute Steuerzahler mittelmässig attraktiv, da der Steuerfuss seit Jahren auf dem Maximum liegt (aktuell 123 Prozent). In umliegenden Gemeinden ist er zum Teil deutlich tiefer angesetzt (Hettlingen: 97 Prozent). Die Stadt Zürich kündigt eine Steuersenkung an (um 7 Prozent auf 115 Prozent). Gesunde Finanzen sind Voraussetzung für den Aufbau eines Handlungsspielraums für politische Projekte der heutigen und der nächsten Generation. Der angekündigte neue Finanzausgleich eröffnet Winterthur neue Perspektiven. Bei frühzeitiger Planung nötiger Schritte kann die Stadt ihre finanzielle Situation aus eigener Kraft verbessern. Nutzt sie die neue Situation nicht, wird sie gegenüber andern Gebietskörperschaften weiter ins Hintertreffen geraten. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass es Zeit ist, weitere strategische Massnahmen einzuleiten, um die finanzielle Situation Winterthurs zu verbessern? Wenn ja, was plant er diesbezüglich?
2. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass Reformen im Bereich der Ursachen-, reinem Sparen als Symptombekämpfung vorzuziehen sind? Dass also - in Ergänzung zur im HS07 anvisierten Effizienzsteigerung der Verwaltung - eine Überprüfung des Aufgabenportfolios angesagt und diese reinem linearen Sparen über alle Ausgabenbereiche vorzuziehen ist?
3. Ist er bereit, als Grundlage für eine Priorisierung ein Aufgabenportfolio vorzulegen, das alle Aufgaben enthält, deren Ausgabenhöhen von Stadtrat und Parlament beeinflusst werden, mit dem Ziel, dass überprüft werden kann, wo "alte Zöpfe" abgeschnitten werden können, um Ressourcen frei zu schaffen für prioritäre oder neue Aufgaben? Kann er dabei allenfalls die Gestehungskosten ausweisen und einen Zusammenhang zu den Legislaturschwerpunkten herstellen?

4 Welches weitere Vorgehen schlägt der Stadtrat vor?